

nicht zu verhehlen – die verschiedenen politischen Lager. Es ist für mich eine etwas pikante Rolle, da hier teilweise Gegensätze zwischen denjenigen aufbrechen, die in Berlin miteinander koalieren. Ich will die nicht weiter kommentieren.

Ich glaube aber, es ist richtig, dass wir uns über die Frage der Anreize zur Aufnahme von Arbeit einerseits und der Anerkennung von Lebensleistungen andererseits in der Grundsicherung so ernsthaft Gedanken machen. Dass das in der Zeit gelungen ist, wie sich das aktuell abzeichnet, ist eher ein gutes Zeichen. Wir haben jetzt einen Kompromissvorschlag auf dem Tisch, der, glaube ich, für heute Abend den Weg zu einer Einigung weist.

Ich will abschließend etwas zu dem vorliegenden Antrag sagen, in dem die SPD-Fraktion die Landesregierung dazu auffordert, auf den Vertreter des Landes im Vermittlungsausschuss mit Blick auf ein bestimmtes Abstimmungsverhalten einzuwirken. Ich denke, so lange liegt die Regierungserfahrung der SPD noch nicht zurück, als dass sie nicht wüsste, dass ein Mitglied des Vermittlungsausschusses, gleich, welche Partei es stellt, weisungsfrei agiert. Das ist eine Verfassungsvorgabe, die sich in den letzten Jahren bewährt hat, die wir an der Stelle nicht als obsolet erscheinen lassen müssen.

(Beifall von der CDU)

Ich kann Sie aber beruhigen: Das Mitglied des Vermittlungsausschusses, das heute Abend für Nordrhein-Westfalen teilnimmt, der Ministerpräsident, wird die Rolle konstruktiv und verantwortungsvoll ausfüllen, so wie wir in dieser Koalition vertrauensvoll und konstruktiv miteinander zusammenarbeiten. – In dem Sinne herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den Grünen)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Minister Liminski. – Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir befinden uns also am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen, erstens über den Eilantrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/1782. Über diesen Eilantrag ist direkt abzustimmen. Wer stimmt dem Eilantrag zu? – Das ist die Fraktion der SPD. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, die CDU und die Fraktion der AfD. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der FDP. Somit ist der Eilantrag **Drucksache 18/1782** mit dem von mir festgestellten Abstimmungsergebnis bei Abwesenheit des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1811. Wer stimmt dem Entschließungsantrag zu? – Das ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? –

Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU und die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 18/1811** mit dem von mir gerade festgestellten Abstimmungsergebnis bei Abwesenheit des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt:

### **11 Die Gesundheitsversorgung von Familien sicherstellen – Kuren für Familien, Menschen in Erziehungs- und Pflegeverantwortung in NRW retten!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/1686

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion dem Kollegen Neumann das Wort.

**Josef Neumann (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich würde hier heute meine Kollegin Christina Weng stehen und zu diesem Tagesordnungspunkt sprechen. Sie ist leider erkrankt. Von hier aus deshalb die besten Genesungswünsche nach Ostwestfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, dass Familien während der Pandemie ihre Überlastungsgrenzen weit überschritten haben. Viele von uns haben dies selbst unmittelbar erlebt: Lockdown, Home-schooling, Kita- und Schulschließungen. Corona hat in den letzten zwei Jahren das Familienleben in Deutschland großen Zerreißproben ausgesetzt.

Und nun? Was sagt der Blick in die Zukunft? Visionen, große Unsicherheit. Der Ukraine-Krieg, der drohende Klimawandel, die Energiekrise, die Inflation – sie erfassen das Lebensgefühl, die körperliche und mentale Verfasstheit der Familie als Ganzes und jedes einzelnen Familienmitglieds.

Bei diesen individuellen Elementen eines Familienverbandes gibt es ganz unterschiedliche und sensible Bedürfnisse. Wenn Eltern unter finanziellem Druck stehen, wenn die Betreuung der Kinder durch fehlende Kita-Plätze nicht gesichert ist, wenn wie in vielen Haushalten noch pflegebedürftige Angehörige zu versorgen sind, dann ist die Belastung sehr groß. Zum Thema „pflegende Angehörige“ werden wir morgen ebenfalls einen Antrag in das Hohe Haus einbringen und werden auch dafür um Ihre Zustimmung werben.

Ein Leben, das durch die Pflege eines Angehörigen geprägt ist, ist ein Leben voller Sorge, voller Unsicherheit, voll strapazierender Suche nach Lösungen.

Es ist geprägt von schwerer körperlicher und emotionaler Anstrengung, was gesundheitliche Spuren hinterlässt, ein Leben mit kaum oder wenig Freizeit, die kleinen freien Momente befasst mit der Suche nach Finanzierungen für benötigte Behandlungen, Hilfsmittel oder Medikamente, die das Leben der zu Pflegenden und das der Pflegenden erträglich machen.

Viele Eltern merken – nein, man muss hier vor allem sagen, viele Mütter merken –: Ich kann nicht mehr. Oder sie sehen: Mein Kind kann es auch nicht mehr. Meine körperliche, meine psychische Gesundheit und auch die meiner Kinder leidet. – Wir sehen es an den konkreten Zahlen. Die Kurplätze waren schon Anfang des Jahres 2022 belegt und sehr stark ausgelastet.

Die Kuren für Familien, für Menschen in Erziehungs- und Pflegeverantwortung stehen nicht unter der Finanzierungsstruktur der Krankenhäuser, und sie fallen nicht unter den Rettungsschirm der Bundesregierung. Deshalb benötigen sie, deshalb benötigen die Eltern und Kinder die Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Sie bieten nämlich nicht nur medizinische oder ärztliche Behandlung, sondern auch Sport- und Bewegungstherapie, Gruppen- und Einzelgespräche, psychologische Beratung und vieles mehr.

Ich habe mir das vor Ort in Horn-Bad Meinberg angeschaut. Man hat mir dort berichtet, wie Frauen, die zur Kur kommen, ziemlich belastet sind, unter Burnout leiden, unten sind und nach der Kur frohen Mutes und erhobenen Hauptes wieder nach Hause zurückkehren, um sich um die Familie, um die Pflege der Angehörigen und andere zu kümmern.

Die Ausgangslage ist aktuell sehr schwierig. Wir wissen um die Schwierigkeiten in den Praxen. Wir wissen um die gesamte Situation in der Pädiatrie und in den Kinderkliniken. Wir wissen um die Aufnahmestopps in kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen. Genau an dieser Stelle setzen die Kureinrichtungen an. Sie geben den Menschen, was notwendig ist, um durch den Alltag zu kommen, um der Familie und der Gesellschaft überhaupt noch eine Möglichkeit zu geben, dabei zu sein.

(Beifall von der SPD)

Diese Einrichtungen stehen unter einem massiven finanziellen Druck, und zwar im gesamten Lande. Diese Einrichtungen sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen Gewissheit, dass es weitergeht. Sie brauchen die Gewissheit, dass die Häuser gesichert werden, dass die Angebote für Eltern, für Mütter und Väter, für Kinder, für die Träger, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesichert sind. Deshalb müssen wir alles dafür tun, die Kureinrichtungen für die Familien, für die Kinder in Nordrhein-Westfalen zu erhalten, zu stärken und in dieser Krise zu erreichen, dass sie nicht den Bach runtergehen.

(Beifall von der SPD)

Wir überweisen diesen Antrag an die Fachausschüsse, weil wir glauben, dass wir gemeinsam konstruktiv nach Lösungen für die Betroffenen suchen müssen, wenn wir nicht wollen, dass das, was in den letzten Tagen kursierte ... Es hieß immer: Leistung muss belohnt werden. – Die Leistung von Müttern, von Vätern, von denen, ...

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Die Zeit, Herr Kollege.

**Josef Neumann (SPD):** ... die sich um die Pflege der Angehörigen kümmern, muss auch bei der Frage nach der Erhaltung von Einrichtungen gewürdigt und gesichert werden. – Vielen Dank.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Kollege Neumann. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Hagemeier.

**Daniel Hagemeier (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die Zukunftscoalition von CDU und Grünen ist klar: Die Familie ist und bleibt das sicherste und verlässlichste soziale Netz unserer Gesellschaft. Fakt ist: Keine Institution, keine staatliche oder sonstige Sozialleistung könnte ersetzen, was sich in der Familie verbundene Menschen einander an Fürsorge, Sicherheit und Zuwendung angedeihen lassen.

Deshalb ist es das ausdrückliche Ziel der Zukunftscoalition von CDU und Grünen, Familien zu stärken und Care-Arbeit mit Wertschätzung und Respekt zu begegnen. Wer selbst Kinder erzieht, wer selbst Angehörige oder Mitmenschen pflegt, der weiß genau, welche physischen und psychischen Herausforderungen damit einhergehen.

Ich bin der Landesregierung, namentlich Ministerpräsident Hendrik Wüst, Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann und auch Familienministerin Josefine Paul, deshalb sehr dankbar, dass sie die Bedürfnisse von Familien und Pflegenden in den Mittelpunkt stellen. Wie im Zukunftsvertrag zwischen CDU und Grünen vereinbart, erhält der gesamte Bereich familienunterstützender Leistungen besonderes Gewicht.

Der Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2023 spricht diesbezüglich eine klare Sprache und steht für Verlässlichkeit und Verbindlichkeit. Ich denke zum Beispiel an Familienbildung, Familienpflege und Familienerholung. Ich freue mich, dass wir in allen Bereichen an die Erfolge der zurückliegenden Wahlperiode anknüpfen und so konsequent darauf aufbauen.

Insbesondere die Förderung der Familienerholung war und ist uns eine Herzensangelegenheit, denn sie erreicht insbesondere Familien mit geringem

Einkommen, Alleinerziehende, Mehrkindfamilien und unabhängig vom Einkommen Familien mit pflegebedürftigen Kindern oder Kindern mit Behinderung. Noch bevor zum Beispiel stress- und belastungsbedingte Symptome auftreten, die eine Kur erforderlich machen, erhalten Familien und Kinder dort die Möglichkeit einer gemeinsamen Auszeit, um wieder Kraft für den Alltag tanken zu können.

Durch Angebote der Familienbildung und der Familienpflege erhalten Familien außerdem niederschwellig Informationen in herausfordernden Lebenssituationen, können Kurse absolvieren und finden einfach Anschluss, wenn Unterstützung am nötigsten gebraucht wird.

All das sind wichtige Bausteine im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung von Familiengesundheit – ob mit Blick auf das Individuum oder den Familienverbund insgesamt.

Das FAMILIENPORTAL.NRW ist dabei ein wichtiger Brückenkopf. Es gibt Menschen in unserem Land schnell Orientierung und den Zugang zu Informationen, Anbietern und Ansprechpartnern. Im FAMILIENPORTAL.NRW erhalten Eltern und Pflegende auch Informationen zu Kurangeboten. Gleiches gilt im Übrigen für den vom MAGS geförderten Pflegewegweiser NRW.

Familien und Pflegenden stehen in Nordrhein-Westfalen eine Vielzahl von Kurangeboten zur Verfügung. Das Land tut seinen Teil dazu, die vielfältige Angebotsstruktur zu erhalten. Das Gesundheitsministerium prüft derzeit auf Landesebene Möglichkeiten der Unterstützung in akuten Härtefällen. Mit den Vertretern der Kostenträger gibt es seitens des Ministeriums darüber hinaus Kontakte, denn gerade für die Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen ist die finanzielle Absicherung der Mutter-Kind-Kliniken von besonderer Bedeutung.

Wenn ich aber zum Schluss die Logik des Antrags zugrunde lege, soll das Land gleichwohl noch tiefer in die Tasche greifen, um gar in vorseilendem Gehorsam die finanzielle Unzuverlässigkeit des Bundes – das muss ich an dieser Stelle sagen – in dem Bereich zu kompensieren. Das kann ich nicht nachvollziehen. Nutzen Sie, meine Damen und Herren von der antragstellenden Fraktion der Sozialdemokraten, bitte Ihren Einfluss auf Bundesebene, und sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Menschen auch in Zukunft die Unterstützung erhalten, die sie brauchen und natürlich verdienen.

Einer Überweisung Ihres Antrags an den Fachausschuss und einer vertiefenden Diskussion dort stimmen wir selbstverständlich zu. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Hagemeier. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich der Kollegin Woestmann das Wort.

**Eileen Woestmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Familien – das ist uns allen bewusst – leisten viel für unser Land. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine Herausforderung, und zwar nicht nur, wenn man eine optimale Betreuung für sein Kind gefunden hat. Denn Kinder, so großartig, wundervoll, bereichernd und liebenswert sie auch sind, führen dazu, dass alles ein bisschen unplanbarer und spontaner wird.

Gerade in den letzten zwei Jahren, während der Coronapandemie, mussten die Familien in unserem Land immer wieder die Erfahrung machen, dass sie mit den Herausforderungen alleingelassen worden sind. Kitas und Schulen wurden geschlossen, auch weil man es nicht besser wusste. Eltern – dabei vor allem Mütter – mussten plötzlich nicht nur ihre Rolle als Eltern ausfüllen, sondern gleichzeitig Erzieherinnen, Lehrerinnen, Trainerinnen und zusätzlich auch noch Arbeitnehmerinnen sein. Das hat viele Familien an den Rand der Belastbarkeit getrieben, teilweise auch darüber hinaus.

Aber Familie ist nicht nur da, wo Kinder sind. Auch pflegende Angehörige haben in den letzten beiden Jahren unter enormem Stress gestanden. Die permanente Angst, das potenziell tödliche Virus mit nach Hause zu bringen und damit den engsten Familienangehörigen zu gefährden, ist eine Belastung, die zusätzlich zu der Pflege Kapazitäten bindet.

Familienkuren sind hilfreich, um aus dieser chronischen Überlastung aussteigen zu können, auch wenn es nur für eine begrenzte Zeit ist. Sie helfen dabei, zur Ruhe zu kommen, sprichwörtlich einen Tapetenwechsel zu erleben und neue Impulse und Anregungen mit nach Hause zu nehmen.

Ich komme nun zu Ihrem Antrag. Sie weisen zu Recht auf einen Missstand hin. Dass die Finanzierungssystematik in unserem Gesundheitssystem, vorsichtig ausgedrückt, kränkelt, wird an diesem Beispiel abermals deutlich.

(Thorsten Klute [SPD]: Ja, los, dann zustimmen!)

Dass nun eine zusätzliche Belastung aufgrund der gestiegenen Gas- und Energiekosten auf die Kliniken zukommt, hilft dabei sicher nicht weiter.

Aber die besagte Finanzierungssystematik ist eine Aufgabe des Bundes. Bevor Sie jetzt wieder sagen, die Zukunftskoalition zeige nur mit dem Finger nach Berlin:

(Thorsten Klute [SPD]: Ist ja so! – Weitere Zurufe von der SPD)

In diesem Fall ist das absolut richtig, weil wir offensichtlich wissen, wie die Zuständigkeiten geregelt sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Reichen Sie diesen Antrag doch einmal bei Ihrer Bundestagsfraktion ein. Dann kann sich dieses Thema auch angenommen werden,

(Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

auch wenn ich höre, dass im Gesundheitsministerium des Bundes bereits an einer Änderung des SGB IX gearbeitet wird, um genau das, was Sie hier in NRW fordern, umzusetzen. Laut meiner Information geht es dabei darum, dass die Rehabilitationsträger einen einmaligen Zuschuss an die Leistungserbringer in den Bereichen der medizinischen Rehabilitation und der beruflichen Rehabilitation sowie an Werkstätten für Menschen mit Behinderung auszahlen, um die steigenden Kosten für Gas und Energie abzufangen. Vielleicht hören Sie einfach mal bei Ihrem SPD-Minister Lauterbach nach. Der Kontakt müsste ja schnell herzustellen sein.

In diesem Zusammenhang könnten Sie auch anregen, dass Krankenkassen und Leistungsträger über angemessene Tagessätze in Kuren für Familien und Menschen in Pflegeverantwortung beraten.

(Thorsten Klute [SPD]: Das ist Teil des Antrags!)

Über die langfristigen Konzepte der Kuren können wir uns sicherlich in den Ausschüssen noch austauschen. Hierfür müssen aber auch die Kostenträger mit an den Tisch. Denn wenn ich richtig informiert bin, entscheiden die Kostenträger, also Rentenversicherung und Krankenkasse, in den Kliniken mit über die Ausgestaltung des Angebots.

Noch ein Satz zu dem Brief, den viele Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete von einer Klinik, die sehr konkret wird, bekommen haben: So wichtig es ist, diese Klinik zu erhalten, allein ein Zuschuss bei den Energiekosten wird leider nicht dafür sorgen, dass ein neuer Träger gefunden wird.

Nur damit ich hier nicht falsch verstanden werde: Kuren sind gerade nach diesen belastenden Zeiten der Pandemie eine wichtige Stütze für Familien, um Kraft und Energie zu tanken. Aber auch NRW hat keine Gelddruckmaschine im Keller stehen,

(Josef Neumann [SPD]: Was? Das ist ganz neu!)

sodass sämtliche Aufgaben des Bundes übernommen werden könnten, für die die Ampelkoalition noch keine Lösung gefunden hat. – Vielen Dank.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Frau Kollegin Woestmann. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt die Abgeordnete Gebauer.

**Yvonne Gebauer (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer in unserem Land in Erziehungsverantwortung steht und obendrein noch Familienangehörige pflegt, verdient unser aller Respekt. Die betroffenen Menschen sind nicht nur einer besonderen finanziellen Belastung ausgesetzt, sondern sie haben mit dem Zusammenspiel von Familie und Beruf eine weitere Herausforderung zu schultern. Das galt zur Hochphase der Coronapandemie in ganz besonderer Weise.

Dass sich dieser permanente Stress irgendwann auf die Gesundheit auswirkt, liegt, denke ich, auf der Hand. Da es sich hierbei nicht bloß um Einzelschicksale handelt, sondern um ein – so nenne ich es jetzt mal – Phänomen, das über alle Bevölkerungsschichten hinweg verbreitet ist, sind wir auch als Gesellschaft insgesamt gefordert.

Kuren für Familien und Menschen in Erziehungs- und Pflegeverantwortung leisten einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge. Sie helfen, die angeschlagene Gesundheit, ob körperlicher oder seelischer Natur, wieder zu verbessern, und verhindern im Idealfall die sich anbahnende Krankheit.

Häufig ist die Auszeit vom Alltag der letzte Ausweg, um eine schlimme oder schlimmere Erkrankung zu verhindern, den Akku wieder aufzuladen und neue Energie zu tanken. Welche Familie, welcher Mensch träumt nicht mal davon, Arbeit und Haushalt hinter sich zu lassen und ganz bewusst Zeit mit den Kindern zu verbringen, ohne dabei ständigem Stress oder Termindruck ausgesetzt zu sein?

Insofern kann ich dem Leitgedanken des vorliegenden Antrags folgen, dass diese Kuren den betroffenen Familien eine Perspektive für ein glückliches bzw. glücklicheres Zusammenleben bieten. Wir können und wir dürfen es nicht achselzuckend hinnehmen, dass dieses wichtige Instrument infolge der Pandemie sowie der kriegsbedingten Preissteigerungen vielerorts vor dem finanziellen Aus steht.

(Beifall von der FDP)

Deshalb stimmen wir Freien Demokraten der Forderung zu, dass die Menschen, über die wir hier und heute sprechen – natürlich später auch noch im Ausschuss –, von dem 3,5 Milliarden Euro schweren Hilfspaket des Landes Nordrhein-Westfalen, welches Ministerpräsident Hendrik Wüst unlängst angekündigt hat, profitieren müssen. Die Einrichtung eines landeseigenen Schutzschildes für Kuren für Familien und Menschen in Erziehungs- und Pflegeverantwortung in Nordrhein-Westfalen hätte sicherlich darüber hinaus auch einen symbolischen Wert.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch einen Aspekt aufgreifen, der mir als Liberale, der uns als Liberale am Herzen liegt; das wissen Sie auch aufgrund meines ersten Redebeitrags heute Morgen.

Der Antrag nennt die Coronapandemie als einen von zwei wesentlichen Gründen für die finanzielle Schiefelage der Kuren und beschreibt die Notwendigkeit eines Kurabbruchs bei nachgewiesener Corona-Erkrankung. Die Plätze können, wie wir alle wissen, nicht spontan besetzt werden, und auch wird damit die zur Refinanzierung nötige durchschnittliche Belegungsquote von 95 % nicht erreicht. Die Auslastung unserer Kliniken liegt aktuell bei nur 70 %, wenn wir Glück haben, bei 85 %.

Zudem wurde zur Einhaltung von Hygienevorgaben unter anderem die Gruppengröße therapeutischer Angebote reduziert, und die coronabedingten Ausgleichszahlungen des Bundes wurden eingestellt.

Jetzt kann man diesen Zustand natürlich beklagen. Man kann allerdings auch einen Schritt weitergehen und unseren Forderungen an dieser Stelle vielleicht auch nachkommen, nämlich einen Wegfall der Coronaregeln zu unterstützen. Dann wäre den Kuren eine große Last schlagartig genommen. Das muss man sagen.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Es ist in diesem Zusammenhang auch bedauerlich, dass die schwarz-grüne Landesregierung dem Plenum hier noch immer keinen verbindlichen Fahrplan für eine Exit-Strategie präsentiert hat. Ich darf Ihnen sagen: Wir Freie Demokraten werden nicht müde, das immer wieder einzufordern.

Unabhängig davon adressiert – das habe ich ja zum Ausdruck gebracht – der Antrag ein wichtiges Thema und erhebt auch berechnigte Forderungen. Deshalb freue ich mich auf die Diskussionen im Ausschuss. Selbstverständlich werden wir der Überweisung zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Gebauer. – Für die AfD-Fraktion spricht jetzt Herr Abgeordneter Dr. Vincentz.

**Dr. Martin Vincentz (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema „Kur“ ist wichtig. Für viele Menschen ist die Kur ein Rückzugsort, der dringend gebraucht wird, um wieder Gesundheit zu tanken. Daher ist es absolut legitim, hier über die Nöte der Kurorte bzw. der Kliniken zu sprechen, ganz unabhängig davon, dass wir auch in mehreren Briefen, wie vorhin geschildert wurde, dazu aufgefordert wurden, uns des Themas anzunehmen.

Aber vielleicht kann man den Umstand, dass wir das Thema jetzt besprechen, auch dazu nutzen, um über gewisse Regularien zu reden, die damit einhergehen, wie man überhaupt an eine Kur kommt. So ist mir ein Fall erinnerlich, wo jemandem, der seine Frau zu Hause gepflegt hat, vorgeschlagen wurde, eine Kur zu machen. Es ist – Sie alle wissen das – allerdings nicht so einfach, wiederum einen Kurzzeitpflegeplatz für den zu Pflegenden zu bekommen, weswegen der ältere Herr die Kur ablehnte. Als dann, wie es leider passiert ist, seine Frau verstorben war und er nun wirklich dringend eine Kur hätte gebrauchen können, waren die Zahlungsträger offensichtlich nicht mehr gewillt, diese Kur zu genehmigen.

Wenn wir also über Kuren sprechen, können wir vielleicht auch darüber reden, wie die Regularien sensibler gestaltet werden können und Kuren nicht nur für Menschen finanziert werden, die aktuell unter Pflegebelastung stehen, sondern auch den Menschen eine Kur zugutekommt, die gegebenenfalls durch so einen Schicksalsschlag gezeichnet sind.

Aber mindestens genauso wichtig wie ein Rettungsschirm, wie Sie ihn hier fordern, ist die Abschaffung der Coronarestriktionen, die es den Einrichtungen fast verunmöglichen, vernünftig zu arbeiten. Eine Absenkung auf 85 % Auslastung wirkt da eher wie eine weltfremde Stütze. Wenn man die Kliniken endlich wieder in die Lage versetzen würde, auf Vollauslastung zu fahren, dann hätte man auch diese Finanzierungsprobleme als einen der von Ihnen kritisierten Punkte nicht.

Wenn wir hier heute über Familien- und Kindergesundheit sprechen – und insbesondere bei dem Begriff „Familie“ tut sich die Hälfte hier im Saal schon schwer, genau zu definieren, was das überhaupt ist, diese wichtige Stütze der Gesellschaft –,

(Beifall von der AfD)

dann müssen wir auch über die Kinderintensivstationen und Pädiatrien sprechen. Das eine geht schlicht nicht ohne das andere. Wenn hier nicht dringend – und zwar in diesem Winter und schnell – nachgebessert wird, dann steht uns ein wirklich harter Winter bevor, und zwar nicht wegen Corona, sondern weil Sie die Pädiatrien sukzessive vor die Wand gefahren haben, weil Kindergesundheit in der Pandemie oft hinter anderen Themen anstehen musste. Und jetzt sind die Kleinsten in unserer Gesellschaft die Leidtragenden Ihrer Politik.

(Beifall von der AfD)

Mein Dank – und damit möchte ich schließen – geht an dieser Stelle vor allen Dingen an diejenigen, die in diesen schwierigen Zeiten weiterhin im System, in den Kliniken die Stellung halten. Ich weiß es selber: Das Schlimmste für die Helfer ist es, irgendwann nicht mehr helfen zu können, weil ihnen schlichtweg die Hilfe von außen fehlt. Das Beste, was wir in

dieser Situation machen können, ist, den Helfern zu helfen.

Bitte helfen Sie dabei mit, dass uns in den Pädiatrien nicht irgendwann tatsächlich der Platz ausgeht. Wenn wir in die Situation einer Triage geraten, wie Sie sie hier häufig an die Wand skizziert haben, dann wird es dazu eben nicht auf den regulären Intensivstationen kommen, sondern diesen Winter wahrscheinlich auf den Kinderintensivstationen und auch in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt hat die Landesregierung das Wort. In Vertretung für Herrn Minister Laumann spricht jetzt Frau Ministerin Feller.

**Dorothee Feller,** Ministerin für Schule und Bildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wie Sie sagen, darf ich heute Herrn Laumann vertreten, der erkrankt ist. Wir wünschen ihm gute Besserung.

Einrichtungen, die stationäre medizinische Leistungen zur Vorsorge und zur Rehabilitation für Mütter und Väter und ihre Kinder anbieten, sind nach über zweieinhalb Jahren Coronapandemie wichtiger denn je. Insbesondere Mütter – und hier besonders alleinerziehende Mütter – sind aufgrund der Doppelbelastung durch Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit vielfach erschöpft und haben die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht.

Auch an den Kindern sind die Einschränkungen der letzten Jahre nicht spurlos vorübergegangen. Viele Kinder benötigen unterstützende Angebote zur Bewältigung der täglichen Herausforderungen. Mutter-Kind-Kliniken sind daher wichtige Orte der Erholung und der Gesundung. Dort erhalten Eltern und Kinder die Behandlung und Therapieangebote, die sie benötigen.

Der Abstand vom Alltag ermöglicht außerdem intensive gemeinsame Zeit, die sich sehr positiv und nachhaltig auf die Eltern-Kind-Beziehung auswirkt. Diese Einrichtungen leisten damit einen entscheidenden Beitrag, um die Gesundheit von Eltern und ihren Kindern zu erhalten, wiederherzustellen und nachhaltig zu stärken.

Die Mutter-Kind-Vorsorge- und Rehabilitationskliniken in Nordrhein-Westfalen stehen derzeit vor enormen wirtschaftlichen Herausforderungen. Leider sind in vielen Fällen die Finanzierungsstrukturen nicht auskömmlich. Die Coronazuschläge sind zum 30. Juni 2022 ausgelaufen. Dadurch ist eine große finanzielle Lücke bei den Einrichtungen entstanden. Denn die Coronapandemie wirkt sich nach wie vor auf Mutter-Kind-Kliniken aus.

Zudem kommt es auch weiterhin zu Einnahmeeinbußen durch Minderbelegung aufgrund kurzfristiger Absagen, weil Eltern oder Kinder an Corona erkranken. Darüber hinaus entstehen erhöhte Kosten, weil der Hygieneaufwand in den Einrichtungen nach wie vor hoch ist. Auch die Inflation und die Energiekrise setzen den Mutter-Kind-Kliniken sehr zu. Anders als in anderen Bereichen können die Kliniken die enormen Kostensteigerungen nicht weitergeben.

(Beifall von der SPD – Thorsten Klute [SPD]:  
Genau so! So ist ist!)

Die enormen Kostensteigerungen dürfen nicht dazu führen, dass uns diese wichtigen Einrichtungen der Vorsorge und der Rehabilitation für die Gesundheitsversorgung verloren gehen.

(Thorsten Klute [SPD]: So ist es!)

Der Bundesgesetzgeber hat deshalb bereits Entlastungsmaßnahmen umgesetzt, die auch Mutter-Kind-Einrichtungen umfassen. Hierzu zählt das Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz. Auf der Grundlage dieses Gesetzes erhalten Gas- und Wärmekunden für die Energiekosten im Dezember 2022 eine einmalige finanzielle Entlastung.

Weitere Entlastungsmaßnahmen befinden sich derzeit in Planung. Zu nennen ist hier der geplante Hilfsfonds des Bundes zur Rehabilitation und Teilhabe. Dieser Hilfsfonds wird nach dem derzeitigen Informationsstand mit einem Gesamtvolumen von 1 Milliarde Euro ausgestattet.

Diese Maßnahmen alleine werden aber nicht ausreichen. Daher werden auch wir als Land Nordrhein-Westfalen aktiv. Derzeit prüfen wir Möglichkeiten der Unterstützung in besonderen Härtefällen. Dazu beobachten wir intensiv die weitere Planung auf Bundesebene und identifizieren die Lücken, bei denen die Entlastungsmaßnahmen des Bundes nicht weit genug greifen, um die uns wichtigen Versorgungsstrukturen in Nordrhein-Westfalen zu stützen.

Außerdem ist es wichtig, dass die Mutter-Kind-Einrichtungen mit den Kostenträgern der Leistung auskömmliche Vergütungssätze verhandeln. Herr Minister Laumann wird deswegen mit den Kostenträgern sprechen und sie für die aktuell schwierige Finanzsituation sensibilisieren. Denn noch einmal: Es darf nicht sein, dass Corona und die Energiekrise wichtige Versorgungsstrukturen in unserem Land gefährden. Sie können sicher sein, dass Herrn Minister Laumann die Mutter-Kind-Kliniken dabei ganz besonders Herzen liegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung ist für die Problemlage der Mutter-Kind-Kliniken sensibilisiert, und sie ist auch bereits aktiv geworden, um Lösungen zu finden, die die Versorgungsstrukturen schützen. Den Inhalt des Antrags lehnt sie ab, weil bereits zum einen auf Bundesebene Entlastungsmaßnahmen geplant, aber auch umge-

setzt und zum anderen seitens des Landes weitere Unterstützungsmöglichkeiten geprüft werden. Für eine Überweisung des Antrags in den Ausschuss sind wir dankbar.

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Wir haben eine Zwischenfrage, Frau Ministerin. Es gibt eine Wortmeldung von Frau Lüders.

(Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

– Nicht Frau Lüders. Genau, Sie haben sich gemeldet.

(Zuruf: Leicht verändert!)

**Thorsten Klute (SPD):** Ja, leicht verändert; genau. Es ist nicht Frau Lüders, sondern – ich bitte um Entschuldigung – ich sitze am Platz von Nadja Lüders, bin aber der Abgeordnete Thorsten Klute.

Herzlichen Dank, liebe Frau Ministerin Feller. Ich habe es so verstanden bzw. wollte es noch einmal konkret hören, weil das in dieser Debatte durchaus anders klang: Kündigen Sie für die Landesregierung an, dass es, um es vorsichtig auszudrücken, zumindest eine Prüfung von unterstützenden Maßnahmen für entsprechende Kureinrichtungen gibt? Das heißt, Sie prüfen derzeit sehr ernsthaft einen Rettungsschirm im Sinne des Antrags?

**Dorothee Feller, Ministerin für Schule und Bildung:** Wir prüfen sehr ernsthaft, wie wir die Kliniken auch seitens des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützen können, ja.

(Beifall von der SPD – Thorsten Klute [SPD]:  
Dann könnt ihr jetzt zustimmen! – Weiterer Zuruf)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, wir kommen somit zum Schluss der Aussprache.

Zur Abstimmung! Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, diesen Antrag an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Auch keine Enthaltungen. Somit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Ich rufe auf:

## **12 Für eine verbindliche Migrationspolitik: Legale Einwanderung stärken – Rückführungsoffensive für Personen ohne Aufenthaltsberechtigung unterstützen.**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1668

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP dem Kollegen Lürbke das Wort.

**Marc Lürbke (FDP):** Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es schon mehrfach an diesem Pult gesagt und werde es auch weiterhin betonen: Nordrhein-Westfalen ist ein Einwanderungsland, und wir brauchen Einwanderung. Einwanderung ist für unsere Zukunft in Nordrhein-Westfalen entscheidend. Zugleich darf Einwanderung aber nicht ungeordnet erfolgen.

Genau das muss die Leitlinie sein. Denn was wir brauchen, ist eine vorausschauende, eine aktiv steuernde und eine verbindliche Migrationspolitik. Dazu zählen Wege der legalen Einwanderung für Arbeitskräfte aus dem Ausland, die humanitäre Verpflichtung zur Aufnahme von Schutzsuchenden,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

aber eben auch eine Begrenzung von illegaler Migration und die Rückführung von Menschen ohne Aufenthaltsberechtigung und insbesondere auch von Straftätern und Gefährdern. So weit, so klar.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wir müssen das in Nordrhein-Westfalen nur weiter so umsetzen und dürfen den bisherigen Kurs nicht aufweichen; denn diese klare Migrationspolitik versteht Humanität und Ordnung als zwei Seiten einer Medaille. Oder anders gesagt: Wir wollen reguläre Migration ermöglichen und irreguläre Migration reduzieren, und genau das ist das Ziel dieses Antrags, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP)

Wir wissen doch genau: Viele Menschen, die gar keinen Schutz brauchen, suchen doch teilweise unzulässig den Weg über das Asylsystem nach Deutschland gerade auch, weil legale Einwanderungswege nach Deutschland fehlen oder in Wahrheit viel zu kompliziert sind. Deswegen ist für uns als FDP klar: Wir wollen die irreguläre Einwanderung bekämpfen, und wer sie bekämpfen will, muss auch legale Einwanderungswege schaffen. Das ist ein entscheidender Baustein.

Insbesondere die Westbalkanregelung hat gezeigt, dass irreguläre Migration drastisch reduziert werden kann, wenn Menschen die Möglichkeit haben, legal